

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 21. Sitzung vom 17. März.

12 Uhr. Am Tische des Bundesraths Hofmann u. A.  
Nachdem das Haus die Wahl des Abg. Bode (gewählt im 1. braun-schwarzen Wahlkreise) für gültig erklärt, tritt es in die Verhandlung des Antrages v. Seydewitz, v. Helldorf, Adermann und Gen. ein. Derselbe beantragt eine Aenderung der Gewerbeordnung in Bezug auf die Bestimmungen wegen der Schauspielunternehmer (§ 32) und wegen der Auctionatoren (§§ 34 und 36), ferner eine Revision des Titels III: Gewerbebetrieb im Unterbezirk (Wanderlager) und des Titels VI: Innungen.  
Abg. Adermann führt aus, daß eine Revision der Gewerbeordnung notwendig sei, denn um eines Principes willen, und wenn es noch so real sei, könne man doch so trübselvollende Mißstände nicht bestehen lassen. Daß solche Mißstände bestehen, beweisen die vielen von Seiten der Handwerker eingegangenen Petitionen. Bei diesen Petitionen habe man schon die Erfahrung gemacht, daß mit Ausdauer und Beharrlichkeit etwas zu erreichen sei. Die ersten Petitionen seien gar nicht zur Verhandlung gekommen oder durch Tagesordnung erledigt worden. Im vorigen Jahre aber sei wenigstens ein Theil der Beschwerden berücksichtigt worden. Redner bemerkt sich und seine Freunde gegen den Vorwurf, als ob sie bei jedem hervorstechenden Mißstand die staatliche Fürsorge in Anspruch nähmen. Da, wo die gute Sitte und das Wohl der Gesamtheit in Frage stehe, gelte aber die Gerechtigkeit für alle mehr als die Freiheit des Einzelnen, da könne man auch ohne Anstand die Polizei zu Hilfe rufen.  
Ihnen geht nunmehr auf die Begründung der einzelnen Theile des Antrages ein. Nach dem früheren Antrage sollte der Polizei die Befugnis gegeben werden, die Concession zu Theaterunternehmungen zu versagen, wenn die nachsuchende Persönlichkeit nicht die Garantie genügender Zuverlässigkeit und „Bildung“ gebe. Die Commission habe im vorigen Jahre dies dahin abgeändert, daß die Person, welche die Concession nachsuche, zum Theatergewerbe erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere in finanzieller und finanzieller Hinsicht haben müsse. Die Antragsteller haben sich dieser Aenderung angeschlossen. Abgesehen davon, ob in Bezug auf das Theater das Ziel zu erreichen sei, welches Schiller vorschwebte in seiner Schrift: „Das Theater als moralische Anstalt“, oder Debrüet in seiner Schrift: „Das nationale Theater“ oder Gottschall in seiner Schrift: „Die Gegenwart des deutschen Theaters“ oder welches erstrebt werde von einem nicht genannten Staatsbeamten in einer neueren Schrift: „Das deutsche Theater und seine Zukunft“, so seien doch alle in dem Urtheil übereingekommen, daß der § 32 der Gewerbeordnung nicht ausreiche. Die Verleihung der Schankwirtschaft mit der Bühne habe dahin geführt, daß der Profit des Schankwirthes die Hauptsache sei. Die leichtgeschätzte Muse der schönen Künste, die den „geheiligten Kanon“ über 10 Bühnen geführt habe, ziehe die große Masse an und verleite sie, wenn nicht zu Unthaten, so doch zu Geschmackverirrungen und Kollapsen. Dem gegenüber könne man nicht bloß mit der banalen Phrase der Reaction jede Aenderung der Gewerbeordnung bekämpfen. Denn was nütze der beste Volkserunterricht, wenn die eben aus der Schule entlassene Jugend ihre geistige Nahrung suche in dem hässlichen Dunstkreis der mit Schankwirtschaften verbundenen Eingetragten.  
Die Polizei dürfe durch die Gewerbeordnung nicht genöthigt werden, jedem bergelaufenen Menschen die Concession zu geben. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts lege den Ausdruck „Zuverlässigkeit“ dahin aus, daß nur von der sittlichen Zuverlässigkeit die Rede sein solle. Daber komme es, daß solche Theater-Unternehmer oft Personen der niedrigsten artistischen Bildung herausziehen und Stücke auswählen, die nur die Sinne des Lausers reizen. Dem stehenden Gewerbe seien besonders die Auctionen und Wanderlager schädlich, auch trotz der Befestigung mancher Mißstände, welche inzwischen von Seiten des Bundesraths und der Einzelstaaten versucht sei. Die Anträge in Betreff der Innungen, welche die Commission nicht speciell berathen, sondern dem Reichstanzler als Material überwiesen habe, seien genau dieselben, wie im vorigen Jahre. Nachdem der Reichstag für die Großindustrie und die Landwirtschaft gesorgt habe, solle er auch den Handwerksbetrieb schützen. Zwangs-Innungen sollten nicht geschaffen, aber es sollten solche Einrichtungen getroffen werden, die den Eintritt in die Innungen wünschenswerth machen. Redner beantragt die Ueberweisung der Anträge an eine Commission von 21 Mitgliedern und spricht die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, noch in dieser Session einen definitiven Beschluß zu fassen.  
Abg. Günther (Nürnberg): Die vorliegenden Anträge sind scheinbar harmlos, als die im vorigen Jahre von derselben Partei gestellten; doch sind die Bedenken, welche im vorigen Jahre geltend gemacht wurden, nicht geschwunden. Was die Theater-Concession betrifft, so liegt eine große Schwierigkeit in der Frage, ob die Beförderung sich an den kommerziellen oder den artistischen Leiter des Unternehmens halten soll. Wie soll ferner eine Unterbehörde die artistische Befähigung des Theaterdirectors prüfen? Das erinnert ja an das angeblich in Leipzig von der Polizei veranfaßte Probeblasen der Musikanten! Daß selbst höhere Behörden hier oft Fehlgriffe thun, beweist das Verbot der Jourdainbaults in Stettin. Der Eingetragene wird durch den vorliegenden Antrag gar nicht getroffen, da er nicht der gewöhnlichen, sondern der Sittenpolizei untersteht. Zu einer Einschränkung des Auctionsweßens kann unmöglich ein Bedürfnis vorliegen, da eine solche, nach der Erklärung des Commissions der so solchen Einschränkungen augenblicklich gewiß geneigten Regierung in der vorliegenden Commission, nicht einmal von Interessententreiben angeregt worden ist. Derselbe Commissions erklärte, daß die Regierung die Freizügigkeit unter allen Umständen aufrecht erhalten wolle. Ob das bei Annahme des Antrages bezüglich der Wanderlager möglich ist, erscheint mir zweifelhaft. Eine Neubildung der Leistungen des feststehenden und des umherziehenden Kaufmanns ist freilich wünschenswerth. Aber über dieses Ziel schießt der Antrag weit hinaus; er würde den Betrieb der Wanderlager vielleicht überhaupt unmöglich machen. In Preußen schweben noch die Verhandlungen über die Besteuerung der Wanderlager; ehe die Particulargesetzgebung die Sache zum Austrag gebracht hat, liegt für das Reich gar keine Veranlassung zum Eingreifen vor.  
Die Innungen endlich halten auch wir für eine dem Handwerk förderliche Einrichtung, aber nur sofern sie sich aus dem Handwerk selbst heraus entwickeln. Selbst die Anhänger staatlicher Innungen sollten doch erst abwarten, wie die von den Behörden in der letzten Zeit gegebenen Anregungen zur Bildung freier Innungen wirken. Der Passus des vorliegenden Antrages, daß ein Zwang zum Beitritt zur Innung nicht stattfinden solle, giebt mir keine genügende Garantie gegen die Zwangsinnungen. Der Antrag ist von der Idee des Zwanges getragen; nachdem man die Concurrenz des Auslandes ausgeschlossen, soll nun auch im Inlande die Concurrenz beschränkt werden. Diese Idee ist consequent in dem Antrage durchgeführt, und wenn man sich einmal an solche Institutionen gewöhnt hat, wird es auch nicht schwer halten, den Satz, daß kein Zwang ausgeübt werden solle, wieder zu befeitigen. Gerade die intelligentesten Handwerker, die sich auf die eigene Kraft verlassen können, so die Gewerbetreibenden, namentlich in Nassau, sollen sich der Regierung gegenüber gegen die Zwangsinnungen ausgesprochen haben. Bei der starken Agitation der Conservativen für die Zwangsinnungen, und der schon in der vorjährigen Session von jener Seite ausgesprochenen Absicht, mit den Grundbesitzern der Fortschrittspartei auf dem ganzen wirtschaftlichen Gebiete endgiltig zu brechen, ist die Furcht vor der wirtschaftlichen Reaction keine banale Phrase. Wir haben es hier mit einer ganzen Reihe von Maßregeln zu thun, die man als die positive Bekämpfung der Socialdemokratie bezeichnet. Aber, so loyal und gut die Absicht sein mag, so ist doch der Weg falsch gewählt. Wir müssen dem Volke jetzt oft im Staatsinteresse große materielle Lasten auflegen; kommen hierzu noch andere Einschränkungen und Maßregeln, wie das harte Dienstbotengesetz, die draconische Feld- und Waldpolizeigesetzgebung und etwa die Schanksteuer in Preußen, so wird man das im Volksbewußtsein gewiß nicht als die positive Bekämpfung der Socialdemokratie auffassen. Vielmehr wird durch solche Maßregeln ein Bündel in die Massen geworfen, der

zwar nicht rasch explodirt, aber der Socialdemokratie, wenn sie den Kampf gegen diese Maßregeln aufnimmt, neue Nahrung zuführt. Auch wir, in der Fortschrittspartei, halten die Gewerbeordnung nicht für vollkommen fehlerfrei; aber bei diesen Maßregeln, die auch von den Reactionären nur als eine Stappe zur Aufhebung aller Gebieten angesehen werden, einer Reaction, die der Abg. v. Marschall schon bei der Verhandlung des Socialisten-Gesetzes in Aussicht stellte, müssen wir an dem Satze festhalten: principis obsta.  
Abg. Freyher v. Hertling drückt zunächst seine und seiner Freunde Sympathie mit den Anträgen aus, die einer eingehenden Verhandlung unterzogen und deshalb an eine Commission verwiesen werden müssen. Mit den Intentionen des Antrages, welcher die Erlaubnis zum Vertrieb des Gewerbes als Schauspielunternehmer von dem Nachweis einer sittlichen, artistischen und finanziellen Zuverlässigkeit abhängig macht, stimmt Redner durchaus überein. Der Staat habe das Recht und die Pflicht, dem auf anderen Bühnen sich breitmachenden Unwesen mit Entschiedenheit entgegen zu treten. Das Publikum sei allerdings zum großen Theil selbst daran schuld und die Gesetzgebung könne keinesfalls die Aufgabe haben, den Geschmack des Publikums zu lehren. Es gebe aber doch eine Grenze, an der der Staat ein Halt zu gebieten habe. Wir seien im Begriffe, die Verlangung des Ausnahmezeugnisses gegen eine Partei, welche die gesellschaftliche Ordnung bedrohe, zu votiren; sei es da thöricht, daß man auf der Bühne Tag für Tag in deutschen und französischen Stücken einen Grundfehler eben dieser gesellschaftlichen Ordnung, die Familie, untergraben lasse? Mit den auf Abänderung der Gewerbeordnung bezüglichen Theilen des Antrages ist Redner nicht durchweg einverstanden, will aber die Begründung seiner Bedenken der Commissionsberatung vorbehalten und bemerkt für jetzt nur, daß nach seiner Ansicht wir in unseren modernen Verhältnissen überhaupt nicht mehr zur Zwangsinnung zurückkehren würden und daß er in dieser Richtung eine entschiedenere Stellungnahme der Commission wünsche, als dies im vorigen Jahre der Fall gewesen. Besonders bedenklich erschienen ihm die zu weit gehenden Befugnisse der Innungen in Bezug auf die Ausbildung der Lehrlinge, die Aussicht über die Nachschulen, über das Gesellenwesen, das Kassenwesen u. s. w.  
Abg. Dr. Delbrück: In Bezug auf den die Innungen betreffenden Theil des vorliegenden Antrages glaube ich Einiges bemerken zu sollen, was der Beachtung der von Ihnen einsetzenden Commission werth sein dürfte, und zwar nach der historischen Seite hin. Ich halte es stets für rathsam für den Gesetzgeber, wenn er sich vergegenwärtigt, welche legislativen Veruche mit dem zur Verhandlung stehenden Gegenstand in der Vergangenheit gemacht worden sind und in dieser Beziehung bietet die Gewerbeordnung Preußens sehr lehrreiches Material. Durch die Gewerbeordnung der Jahre 1810 und 1811 war vollkommene Gewerbefreiheit eingeführt; jedes Mitglied konnte aus der Zunft auscheiden, die Zünfte selbst sich auflösen. Es fehlten besondere Bestimmungen über Lehrlinge- und Gesellenwesen. — In den westlichen Provinzen waren die Zünfte ausgedehnt ausgeübt, es herrschte unbeschränkte Gewerbefreiheit. In demjenigen Theile der Monarchie, der früher zum Königreich Sachsen gehörte, und in Nordpommern bestand das volle Zunftwesen in alter Kraft; im früheren Großherzogth. Hessen endlich waren verschiedene Systeme in Geltung. Unter solchen Umständen trat das Bedürfnis nach gesetzlicher Reform dringend hervor und zwar nicht bloß, weil man eine einheitliche Regelung vermisse, sondern auch weil man damals, wie heute, es als einen schweren Mangel empfand, daß man die corporative Verbindung des Handwerks theils vernichtet — theils auf den Aussterbestand gesetzt hatte. Deshalb trat die preussische Regierung schon im Laufe der 30er Jahre an den Erlaß eines allgemeinen Gewerbegesetzes. — Damals wurden dieselben Fragen discutirt wie heute. So wurde auch damals beantragt, die Befugnisse, Lehrlinge zu halten, auf die Mitglieder der Innungen zu beschränken; der preussische Staatsrath von 1844 lehnte diesen Gedanken aber einstimmig ab, namentlich in Hinblick auf die mögliche Umgehung dieser Bestimmungen durch Annahme jugendlicher Arbeiter an Stelle der Lehrlinge.  
Die Erwägungen der preussischen Regierung in der Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 führten hingegen zu einem anderen Resultat. Man ging, ebenso wie heute der Herr Antragsteller, davon aus, daß Jemand, der einen Anderen lehren will, nachweisen muß, daß er selbst etwas gelernt habe, daß also das Recht zum Halten von Lehrlingen abhängig zu machen sei von einer gewerblichen Prüfung vor einer Staatsbehörde stehenden Commissionen. Die Innungen wurden ferner durch eine Reihe anderer Befugnisse in Bezug auf Lehrlinge- und Gesellenwesen, Kassenverwaltung u. s. w. unterstützt, und das Correlat dieser Befugnisse war die Unterordnung unter die Gemeindebehörden. Aber dieses Gesetz war nur 3 Jahre in Kraft; mit dem Jahre 1848 kamen genau dieselben Petitionen, wie sie jetzt vorliegen, aus den Kreisen der Handwerker, die im Namen der jungen Freiheit Privilegien verlangten. (Sehr gut! links.) Durch diese Bewegung veranlaßt, reformirte die preussische Regierung die Gewerbeordnung von 1845 in der Novelle von 1849 dahin, daß der selbstständige Betrieb des Handwerks von einer Prüfung abhängig gemacht wurde, während eine solche nach der Gewerbeordnung von 1845 nur für das Halten von Lehrlingen nöthig war; doch brauchte man auch diese neue Prüfung nicht bei der Innung zu machen und nicht in dieselbe einzutreten; ebenso verhielt es sich mit der Lehrlingsprüfung, welche neu eingeführt wurde. Auch wurde eine bestimmte Periode für die Lehrlinge- und die Gesellenzeit und ein bestimmtes Alter für die Meister eingeführt, und Lehren verboten, Gesellen und Lehrlinge aus einem anderen Handwerk zu beschäftigen. Aber alle diese sehr kräftigen Einschnitte in die Gewerbefreiheit gingen doch nicht so weit, wie der vorliegende Antrag; das Recht, Lehrlinge zu halten, wurde nicht von dem Beitritt zur Innung abhängig gemacht.  
Die Gewerbeordnung von 1869 mit ihren späteren Zusätzen bildet gewissermaßen die Mitte zwischen dem Zustand, wie er in Preußen vor und nach der Gewerbeordnung von 1845 und 1849 bestand. Vor 1845 war auch, wie jetzt, Jedem der Betrieb jedes Gewerbes gestattet, aber die Gesetzgebung verhielt sich zu den corporativen Einrichtungen im Handwerksstande mindestens negativ, während die Gewerbeordnung von 1869 die corporativen Einrichtungen in ausgiebigster Weise fördert. Vor 1845 war das Gesellen- und Lehrlingswesen in ungeordnetem Zustande; die Gesellen, nach denen Streitigkeiten zu entscheiden waren, waren theils veraltet, theils wurden sie nicht beachtet. Die neuere Gesetzgebung hat diesen ungemein wichtigen Verhältnissen ihre Fürsorge wieder zugewendet. Ich gestehe, daß ich gewisse Bestimmungen in diesem Titel von vornherein, als ich an anderer Stelle mit der Gewerbeordnung befaßt war, nicht für sehr wünschenswerth hielt, und eine Abänderung derselben wünschte. Aber nach der ganzen historischen Entwicklung der Dinge in Preußen ist es durchaus rathsam, bei der Revision dieser Vorschriften vorsichtig und nicht gar zu ungeduldig zu sein, wenn der von ihnen gelegte Samen nicht mit der allseitig gewünschten Schnelligkeit emporkeimt; auch nicht zu glauben, daß allein durch gesetzliche Aenderungen Verhältnisse geschaffen werden können, für die vielleicht ein realer Boden nicht mehr vorhanden ist. Man fragt immer über den Verfall des Handwerks. Welches soll denn der Ausgangspunkt dieses Verfalls sein? Die Verhältnisse eines mittelalterlichen Zunftmeisters in einer freien Reichsstadt, wie sie dem Abgeordneten Adermann vorschweben, waren freilich wirtschaftlich und politisch nach manchen Seiten anders, als die eines braven Handwerksmeisters in einer unserer großen Städte. Aber zu einer ernsthaften Discussion über den Verfall des Handwerks kann dieser Ausgangspunkt nicht führen, da wir die Voraussetzungen der Blüthe des Handwerks im Mittelalter nicht wieder schaffen können.  
Im vorigen Jahrhundert ist nach Schmoller der Zustand des Handwerks jedenfalls glänzender gewesen; daß er das unter den Napoleonischen Kriegen geworden, wird Niemand behaupten. Unsere eigenen persönlichen Erinnerungen reichen bei den Aeltesten nicht viel weiter, als in die Zeit der preussischen absoluten Gewerbefreiheit. Da man nun die Güte der Leistungen in den einzelnen Perioden nicht vergleichen kann, so muß man unter dem Verfall des Handwerks eine ungehörige Concurrenz, also eine Vermehrung der Gewerbetreibenden oder eine Beschränkung ihres Betriebs, die

sich in der Zahl der Gesellen und Lehrlinge ausdrückt, verstehen. Ich habe nun die gewerbestatistischen Aufnahmen von den Jahren 1822, 1843 und 1861 zusammengestellt in Bezug auf Böttcher, Schlosser, Schuhmacher, Schneider, Tischler, Maurer, Klempner und andere Handwerker, was man eben so unter Handwerker versteht. Von diesen kamen an selbstständigen Gewerbetreibenden, an Meistern, auf 100,000 Einwohner im Jahre 1822 2270, im Jahre 1843 2361, im Jahre 1861 2360. Die relative Zahl hat also von 1822 bis 1843 um noch nicht ganz 4 pCt. zugenommen. Von 1843 bis 1861 ist das Verhältnis ganz stationär geworden. Dabei ist bemerkenswerth, daß die stattgefundenen Vermehrungen fast ausschließlich auf Schuhmacher und Tischler fallen. Es folgt aus all diesem, daß die in der ersten Periode bestehende absolute Gewerbefreiheit eine Hypertrophie der selbstständigen Handwerksmeister in der That nicht hervorbrachte, und daß die Gewerbeordnung von 1845 und 1849 keineswegs dahin gewirkt hat, die Anzahl der selbstständigen Handwerksmeister zu vermindern. Noch schlagender ist das Verhältnis der Anzahl der Meister zu derjenigen der Gesellen und Lehrlinge. Auf 100 Meister in den von mir bezeichneten Handwerken kommen 1822 58, 1843 80, 1861 100. Auch nach dieser Seite hin haben also die verschiedenen Gesetzgebungen einen erheblichen Effect nicht gehabt, und das müßte die Erwägung nahe legen, daß hier Mächte wirksam sind, die sehr viel mächtiger sind als unsere Gesetzgebung. (Sehr wahr.)  
Ich komme zu einem anderen Punkte. Das durch die schriftliche Enquete in den letzten Jahren zusammengefaßte Material über die Wirkung der 1845er und 1849er Gewerbeordnung ergab zunächst, daß dieselbe an den beiden weltlichen Provinzen im Großen und Ganzen effectlos vorübergegangen war, und es war dies ganz natürlich, da die Fremdherrschaft sogar die Erinnerungen an die Zünfte weggewaschen hatte. In den übrigen Provinzen gestaltete sich das Verhältnis günstiger. Hier waren die Realwissenschaften an die alte Gewerbeordnung noch lebendig. Ueber die Wirkungen der Gesetzgebung gingen die Meinungen freilich auseinander. Ich will in Einzelheiten nicht eingehen, sondern nur einige Punkte herausgreifen. Es war damals bei den gutachtenden Behörden entschiedene Neigung vorhanden, die obligatorische Lehrlingsprüfung als ein nothwendiges Institut zu bezeichnen, die obligatorische Meisterprüfung aber nicht, und zwar schon damals aus Gründen, die seitdem noch ungemein an Gewicht gewonnen haben, nämlich wegen der Umgestaltung, die will nicht sagen des Handwerks im Allgemeinen, aber sehr zahlreicher Handwerke theils durch das Eindringen der Maschinen in das Handwerk, noch mehr aber durch die Arbeitsteilung. Die gewerbliche Ausbildung in denjenigen Handwerken, die mit Maschinen arbeiten, ist eine total andere geworden; das gilt von allen Prüfungsfragen, noch mehr aber von der Arbeitsteilung im Handwerk.  
In dem Eisen- und Stahlbezirk der Grafschaft Mark und des Großherzogthums Berg ist unter den einzelnen selbstständigen Meistern die Arbeitsteilung auf das Aeußerste durchgeführt. Der eine Meister macht nur Bohrergriffe, der andere nur Feilen, der dritte nur Riegel u. s. w. Von den damit in Verbindung stehenden Holzarbeitern macht der eine nur Bohrergriffe, der andere nur Schliffschrauben. Hier in Berlin machen gewisse Drechsler nur Tischbeine, gewisse Gärtler nur Vortrommelnabgel, ja gewisse Buchbinder nur Bücherstücke und keinen einzigen ganzen Einband. Welches gemeinsame gewerbliche Interesse haben nun diese zum Theil unter dem Begriff Schlosser, Klempner oder Gärtler fallenden Arbeiter, deren jeder auf ein besonderes Gebiet beschränkt ist? Eine gegenfeitige Belehrung ist ausgeschlossen, und die übrige Verbindung wird immer auf anderem Wege als durch die Innung und vielleicht zweckmäßiger erreicht. Die Meisterprüfungen haben manches Curiosum durch diese Arbeitsteilung producirt. So wurde in Remscheid einem Drechsler als Meister für einen Comptoirstuhl zu machen aufgegeben; einen solchen hatte er aber noch gar nicht gesehen, eben so wenig die hierzu nöthigen Werkzeuge, da er immer nur Bohrergriffe gemacht hatte. Ich wiederhole, daß ich keineswegs ablehnen will, einzelne Bestimmungen in den Titeln der Gewerbeordnung über die Innungen in dem Sinne zu ändern, daß die Bildung der Innung gefördert wird. Aber ich wiederhole auch, daß für mich die ganze Entwicklung der preussischen Gesetzgebung und die dabei gemachten Erfahrungen eine Warnung sind vor übertriebenen Erwartungen, die man an das Eingreifen der Gesetzgebung knüpfen kann. (Beifall links.)  
Staatssecretär Hofmann: Ich muß den verbündeten Regierungen die volle Freiheit vorbehalten, glaube aber mit einiger Sicherheit schon jetzt andeuten zu können, welche Stellung sie voraussichtlich zu den Anträgen einnehmen werden. Es gehen schon seit Jahren den Reichstags-Petitionen und Anträgen zu, die mehr oder weniger darauf abzielen, die Gewerbefreiheit zu beschränken. Die verbündeten Regierungen haben bisher die Stellung eingenommen, daß sie es ablehnten, aus principellen Gründen eine Umkehr zu einem anderen System zu beschließen, dagegen sich bereit erklärten und diese Bereitwilligkeit auch durch die That bewiesen, den hervorgerufenen Mißständen abzuhelfen. In diesem Sinne vorgelegte Novellen zur Gewerbeordnung sind 1878 und 1879 auch vom Reichstage genehmigt worden. Ich hoffe, daß auch in der Frage der Neugestaltung der Innungen eine Uebereinstimmung des Reichstages mit den Regierungen erreicht werden wird. Abgesehen von einem Punkte gehen auch die Anträge nicht über das hinaus, was die Regierungen als das richtige Maß der Revision der Gewerbeordnung betrachten. Die Enquete, welche das preussische Handelsministerium in dieser Frage angestellt, ging davon aus, daß die Wiederbelebung des Innungswesens wünschenswerth sei. Auch die Gewerbeordnung beilegt ja die Innungen nicht grundsätzlich, sondern stellt sogar die Normen für deren Neubildung auf; sie erwartet also von der corporativen Organisation des Handwerks Vortheile, die freilich weniger auf dem materiellen Gebiete liegen, sondern mehr in der Hebung des Standesbewußtseins zu suchen sind. Es hat sich herausgestellt, daß die Innungen in ihrem jetzigen Zustand das nicht leisten, was man von ihnen erwartet.  
Es ist nun bei der Enquete die Frage gestellt worden, ob es auf Grund der gegenwärtigen Gesetzgebung möglich sei, Innungen zu bilden, oder welche Aenderungen nothwendig seien. Die Antworten gehen weit auseinander; in den großen Centren der Industrie ist das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Handwerker fast ganz verschwunden. Dagegen spricht sich sonst die überwiegende Mehrzahl der Auserwählten dahin aus, daß den Innungen wieder eine größere Bedeutung verschafft werden müsse, daß dies aber nur bei einer Aenderung der gegenwärtigen Gesetzgebung möglich sei. Meine persönliche Auffassung geht dahin, daß, wenn man den Innungen gewisse Verpflichtungen im öffentlichen Interesse auferlegt, wie die Ausbildung und Fürsorge für Lehrlinge und Gesellen, dann muß man den Innungen nicht exclusive, aber gewisse Vorrechte einräumen und sie als Vertreter des Handwerks betrachten. Ich deute dies nur an, denn man muß dabei außerordentlich vorsichtig zu Werke gehen. Auf die Einzelheiten kann man besser in den Commissionsberatungen eingehen. Was die Commission und der Reichstag beschließen wird, wird jedenfalls von der Regierung wohlwollend erwogen werden.  
Abg. v. Sejanied (auf der Tribüne fast vollständig unverständlich) empfiehlt der zu wählenden Commission noch verschiedene desiderata bei den einzelnen Punkten des Antrages zur Erwägung.  
Abg. Kayler (Socialdemokrat): Der Antrag ist herabgekommen aus der Empfindung unserer jetzigen wirtschaftlichen Uebel, die auch wir befeitigen wollen. Das scheint aber dieser Antrag nicht zu thun, denn er schafft nur Privilegien, er giebt Wenigen das, was er Vielen nimmt. Wir behaupten aber, daß Jeder ein Recht auf Arbeit und Selbstständigkeit hat. Einrichtungen, wie die hier vorgeschlagenen, drücken aber doppelt so stark in einer Zeit wie die unfreie, die lediglich dem Princip der freien Concurrenz huldigt. Dieses Princip befeitigt man nicht dadurch, daß man an seine Stelle die Polizeibegünstigung setzt. Obwohl ich nicht sehr von der volkswirtschaftlichen Thätigkeit unserer heutigen Theater erbaut bin, so will ich ihren Bestand doch nicht von der Polizeiwillkür abhängig machen. Auch die Festbühnen stehen nicht auf der Höhe ihrer culturhistorischen Aufgabe, am Dresdener Hoftheater werden die „Mosa-Domino“ gegeben und das Ballet gepflegt — und das ist doch eben so sinnlich reizend wie die Götterdramen. Die Polizei ist hier sicher nicht die richtige Entscheidungsinstanz, sie würde die Zuverlässigkeit des Directors von der Aufführung einer gehörigen Anzahl



patriotischer Stille abhängig machen. Den Handwerkern würde durch die Schließung der kleinen Theater in dieser schweren Zeit eine Menge Arbeit entzogen. Der kleine Mann würde dann seine Erholungszeit nur in der Kneipe und beim Kartenspiel suchen oder im Circus und dieses Vergnügen soll nur den Caballieren bleiben. (Heiterkeit.) Die vorgeschlagenen Maßregeln sind nicht geeignet, durch ihre Polizeiwirkung die Schwendelaktionen zu beseitigen, ein Ziel, das wir durch organische Maßregeln zu erreichen wünschen.

Jedenfalls werden wir zu diesem Antrage ein Amendement stellen, wonach unterschieden wird zwischen dem, der fremde Waaren verauctioniert, und dem, der selbstgefertigte Waaren feilbietet. Ich will wenigstens die armen schaffischen Weber, die ihre Producte haufend feilbieten, gegen Polizeiwirkung schützen. Der vorliegende Antrag schafft in seinen Zinungen nur eine Organisation für die Meister, während wir eine Organisation des gesamten Handwerks anstreben. Durch diesen Antrag werden die Ursachen der jetzigen Handwerksmisere, die rücksichtslose Concurrenz des Großcapitals, der Technik und der Arbeitsteilung nicht beseitigt, sondern es werden nur Meister erster und zweiter Klasse geschaffen. Er ist auch unwirksam, denn man kann es danach Niemandem beweisen, wenn er sich außerhalb der Zinung junge Arbeiter statt Lehrlinge nimmt. In der Sache ist das aber dasselbe. Positive Maßregeln für die Arbeiter, wie Arbeitsvermittlung und Beschränkung der Gefängnisarbeit fehlen diesem Antrage ganz. Er schafft nur statt einer Arbeiterzehr, der auch wir uns beugen, eine Klassenzehr der Meister und Gefellen. Es behauptet sich hier das Heine'sche Wort: „Wer viel hat, wird noch viel mehr dazu bekommen, wer wenig hat, dem wird auch das Wenige noch genommen.“

Abg. von Kleist-Regow: Der Vorredner bekämpft darum den vorliegenden Antrag, weil er befürchtet, derselbe werde der Socialdemokratie schaden, gerade deshalb müssen aber alle Gegner der letzteren für denselben stimmen. Die von uns erlassenen Bestimmungen über das Lehrlingswesen erfordern ein Meisterrecht und Zinungen, die wir jetzt nicht besitzen. Die Zahlen des Abg. Delbrück stammen alle aus der Zeit vor 1869, sie charakterisieren also die Wirkungen der Gewerbeordnung von 1869 gar nicht. Diese Gewerbeordnung hat den Einfluß des Capitals gegen das Handwerk entseffelt, wir wollen einen mehr ethischen Standpunkt einnehmen und deshalb dem Handwerk zum Widerstande gegen das Capital eine Organisation geben. Denn die Erhaltung des Handwerkerstandes ist von sehr großer sozialer Bedeutung, wir müssen einen Mittelstand zwischen dem Reichthum und dem Proletariat haben. Ich freue mich, daß die Regierung unseren Anträgen gegenüber jetzt eine wohlwollendere Stellung einnimmt als früher. Die Erklärung des Ministers Hofmann hat wohl darin ihren Grund, daß in Preußen die Erhebungen bewiesen haben, das Handwerk in seiner übergroßen Mehrheit wünsche eine Aenderung der Gesetzgebung von 1869. Ist das aber der Fall, dann darf man nicht erst zum Schaden des Landes fruchtlos und Jahre lang mit dem Schnäbchen Statut experimentieren. Wie wird eine Zinung zu Stande kommen, wenn Sie ihr für die Kosten, die sie ihren Mitgliedern auferlegt, nicht als Äquivalent aus öffentlichen Rechte geben. Und wenn es im Interesse des ganzen Handwerkerstandes geschieht, dann schreie ich auch vor Zwangsinnungen nicht zurück. Der Gefelle wird sich wohl den Beschränkungen unterwerfen, wenn er als Ziel eine richtige Meisterchaft vor sich sieht. Brechen wir mit der Gesetzgebung von 1869, einer Gesetzgebung der Einzelinteressen und des Egoismus, und schaffen wir dafür auf Grund des vorliegenden Antrages für das Handwerk eine Gesetzgebung der gemeinsamen Interessen. (Beifall rechts.)

Die Discussion wird geschlossen und die Vorlage einer Commission von 21 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Abg. Heyl, Dr. Thilenius, betreffend die Verfassung einer Commission von Sachverständigen zur Untersuchung des Zustandes des Rheinromes. Derselbe lautet: „Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler zu ersuchen, er wolle eine auf Grund des Art. 4 Nr. 9 der Reichsverfassung zu berufende Commission von Sachverständigen mit der Untersuchung darüber betrauen: ob die Seitens der Anwohner des Rheines, vieler Ortsdörfer und rheinischer Gemeinden, der Centralcommission der Schiffsfahrtsinteressenten, mehrerer rheinischer Handelskammern und einer Anzahl ortslundiger Wasserbau-Sachverständiger über den Zustand des Rheinromes geführten ersten Klagen berechtigt sind und in welcher Weise denselben Abhilfe zu leisten ist.“

Der Antragsteller Abg. Heyl weist bei seiner Begründung des Antrages darauf hin, daß der schlechte Zustand des Rheines die Folge des Mangels eines einheitlichen Regulierungsplanes sei. Die preussische Regierung habe den allgemein geführten Klagen mehr Gewicht beigelegt, als das von Seiten der Rheinischschiffsfahrtscommission geschehen sei. Das einseitige Vorgehen Preußens habe keinen Erfolg haben können, so lange die anderen Staaten sich demselben nicht angeschlossen hätten; ein einheitlicher Bauplan, für den ganzen deutschen Rhein werde daher von allen Interessenten dringend gewünscht. Die stückweise Regulierung durch Einmündung des Strombettes habe sich nicht wirksam, ja sogar als schädlich erwiesen. Nicht nur die Anwohner hätten ein Interesse an der Rheinregulierung, sondern Schiffsahrt und Gewerbe im Allgemeinen. Nedner geht noch weiter die mangelhafte Organisation der Rheinischschiffsfahrtscommission auseinander und betont, daß es Sache des Reichs sei, Einheit und Klarheit in die Sache zu bringen.

Staatssecretär Hofmann: Der vorliegende Antrag bewegt sich zweifellos innerhalb der Grenzen der Zuständigkeit des Reiches. Der Artikel 4 Nr. 9 der Reichsverfassung spricht zwar nur von den Schiffsfahrtsinteressen bei der Flusscorrection; bei den Mischständen aber, die zu dem vorliegenden Antrage geführt haben, handelt es sich gerade darum, daß man die Schiffsfahrtsinteressen zu sehr in den Vordergrund gestellt hat. Indessen kann hieraus ein Einwand gegen die Zuständigkeit des Reiches wohl nicht hergeleitet werden. Wenn auch nicht alle Klagen bezüglich der Verhältnisse des Rheines als zureichend anerkannt werden können — manche sind wohl nur durch die abnormen Wasserverhältnisse des letzten Jahres veranlaßt — so sind doch in der That Mischstände vorhanden, und es liegt Anlaß vor, daß das Reich von seiner verfassungsmäßigen Competenz Gebrauch macht. Ob man dabei so weit gehen soll, die gemeinsamen Correctionsarbeiten auf der deutschen Strecke des Rheines einer Revision zu unterziehen und so zu unterfragen, ob sie nicht vielleicht auf einem falschen System beruhen, das wird Sache einer genaueren Ueberlegung sein. Ich führe dies nur an, um der Regierung freie Hand zu erhalten, nicht um dann gegen die Annahme des Antrages mich zu erklären.

Abg. Schröder (Friedberg) erkennt die Competenz des Reichstages in dieser Frage an, er wünscht auch, daß man nicht bloß das Schiffsfahrts-Interesse berücksichtige. Vor Allem aber sei eine gründliche Revision der Rheinischschiffsfahrtsacte notwendig. Es würde sich ferner empfehlen, wenn die Reichsregierung in die Commission nicht bloß Techniker, auch nicht bloß Leute vom Rhein h-rufe, sondern auch andere sachkundige Männer, denn daß die Techniker bis zu einem gewissen Grade Vorkont gemacht hätten, beweise die traurige Erfahrung der letzten Jahre.

Abg. Reichenperger (Gresfeld) bestärkt, daß man bloß ortslundige Wasserbautechniker an den Rhein entsenden solle, nicht, wie dies in letzter Zeit geschehen, Techniker von anderen Strömen. Freilich lege man seitens der Regierung viel zu viel Gewicht auf die Staatsprüfungen, zu wenig aber auf die Praxis. Man solle deshalb die Wasserbauten am Rhein einer nochmaligen genauen Revision unterziehen.

Abg. Gervig hat den Antrag nur mit Unterschieden, weil er in die bezüglich der Rhein correction herrschende Confusion Klarheit bringen wolle, wozu das Reich besonders berufen sei; er müsse sich aber entschieden dagegen verwahren, daß etwa die Einzelstaaten alle von ihnen hergestellten Wasserbauten nach Anordnung des Reiches auf ihre Kosten ändern sollten. Auf der badischen Strecke hätten sich die Arbeiten vollständig bewährt; wenn der Abg. Reichenperger da auch ändern wolle, so sei das Renaissance, nicht Fortschritt. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag wird darauf mit großer Mehrheit genehmigt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10½ Uhr. (Dritte Lesung des Etats und des Anleihegesetzes; Antrag Stephan wegen der deutschen Orthographie.)

Berlin, 17. März. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat dem Director im Reichs-Justizamt Hanauer und dem Senats-Präsidenten Dr. Drechsler beim Reichsgericht die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen Insignien, beziehungsweise des Comthurkreuzes erster Klasse des Königlich schaffischen Albrechts-Ordens und des Groß-Comthurkreuzes des Großherzoglich mecklenburgischen Haus-Ordens der Wendischen Krone erteilt.

Se. Majestät der König hat der Freilin Augusta von Frydag zu Schloß Buddenberg im Landkreise Dortmund die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat dem ständigen Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amte, Gerichts-Magistrat Dr. jur. Rottenburg, den Charakter als Legations-Rath beigelegt.

Des Kaisers Majestät hat mittelst Allerhöchster Befehl vom 16. ds. Mts. den Marine-Schiffbau-Ingenieur Dietrich zum kaiserlichen Admirals-Rath und Hilfsrath in der Admiralität ernannt.

Se. Majestät der König hat den Landgerichts-Rath v. n. Schwan in Stettin zum Ober-Landesgerichts-Rath in Königsberg i. Pr. ernannt und

dem Eisenbahn-Secretär Schulz in Braunschweig den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Der bisherige Vorsteher der Geheimen Calculatur, Geheimer Rechnungs-Rath Arndt, ist vom 1. April d. J. ab zum Dirigenten der königlichen Controle der Staatspapiere ernannt worden.

Berlin, 17. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] begab sich heute Vormittag 11 Uhr mittelst Extrazuges nach Potsdam zur Besichtigung der Leib-Compagnie 1. Garde-Regiments z. F., nahm demnach bei dem Offiziercorps des Regiments das Frühstück ein und kehrte um 1 Uhr nach Berlin zurück.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] besuchte in den letzten Tagen das Elisabeth-Krankenhaus, das St. Hedwigs-Krankenhaus und die Sophien'sche Waisenanstalt. Heute Morgen wurde Ihre königliche Hoheit die Großherzogin von Baden nebst Ihren beiden ältesten Kindern von den kaiserlichen Eltern im Palais begrüßt, wohin dieselbe von Sr. kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen, welcher Ihre königliche Hoheit auf dem Bahnhofe empfangen hatte, geleitet worden war.

[Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern Vormittag 11 Uhr in den Bazar zum Besten des Diakonissen-Mutterhauses zu Kaiserwerth, im Gräflich Rebern'schen Palais, nahm später militärische Meldungen entgegen, empfing den Befehlnden Grafen von Flemming, sowie demnach den Geheimen Baurath Professor Adler und folgte um 5 Uhr der Einladung Ihrer Majestäten zum Diner.

— Berlin, 17. März. [Dentschrift des Reichseisenbahn-Amtes.] Der Reichskanzler hat dem Bundesrathe eine im Reichseisenbahnamt aufgestellte Dentschrift zugehen lassen, betreffend die Zulassung von erleichternden Abweichungen von einzelnen Bestimmungen des Bahnpolizei- und des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands für einzelne Züge einer Hauptbahn. In der Dentschrift heißt es:

„Die Interessen des localen Verkehrs auf der einen Seite und auf der anderen die — berechtigten — Bestrebungen der Verwaltungen nach thunlichster Ersparung von Betriebskosten, insbesondere bei der Personenbeförderung, drängen dahin, unter gewissen Voraussetzungen auch im Betriebe der Hauptbahnen erleichternde Abweichungen von den Bestimmungen sowohl des Betriebsreglements vom 11. Mai 1874, als auch des Bahnpolizei-Reglements vom 4. Januar 1875 zu gestatten. Die seit einiger Zeit — vornehmlich auf preussischen Staats- und Privatbahnen — angestellten Versuche mit einer leichteren Gattung von Locomotiven, sowie mit Dampfwagen nach Rowan'schen System und deren vereinzelte Verwendung für Zwecke des regelmäßigen Localpersonenverkehrs auf kürzeren Strecken haben sowohl in Rücksicht auf die finanzielle Folge, als auch auf die Sicherheit des Betriebes zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Der Umstand, daß sich damit die Betriebskosten erheblich geringer stellen, als bei der Verwendung der gewöhnlichen Locomotiven und Personenwagen, hat bereits bei einzelnen, durch die localen Verhältnisse besonders darauf hingewiesenen Verwaltungen dazu geführt, daß in vermehrter Anzahl Localverbindungen — ohne Beeinträchtigung des durchgehenden Verkehrs — eingerichtet sind. . . . Das Bahnpolizei-Reglement ist erst im Jahre 1878 einer umfassenden Abänderung unterzogen und erscheint es nicht erwünscht, nach Verlauf so kurzer Zeit ohne dringende Noth schon wieder mit einer solchen mit gleichzeitiger Aenderung auch des Betriebsreglements vorzugehen. Dazu kommt, daß Erfahrungen mit den vereinfachten, dem Personenverkehr dienenden Einrichtungen erst in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum und geringen Umfange gemacht sind, daß sich also noch nicht übersehen läßt, ob nicht durch weitere Fortschritte und Erfindungen auf diesem Gebiete alsbald neue Anforderungen hervortreten werden. Es würde zu besorgen sein, daß wenn jetzt formulierte Zulassbestimmungen zu den gedachten Reglements beschlossen und veröffentlicht würden, diese über kurz oder lang abermals eine Aenderung oder Ergänzung bedürften würden. Das Reichseisenbahnamt glaubt, daß einstweilen den Ansprüchen genügt werden kann, wenn es durch Beschluß des Bundesraths ermächtigt wird, auf Antrag der Landesregierungen für einzelne Züge einer Hauptbahn, welche sich ausschließlich auf Strecken des eigenen Bahngebietes bewegen, erleichternde Abweichungen von einzelnen Bestimmungen des Bahnpolizei-Reglements und des Betriebs-Reglements zuzulassen. Es wird dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß nur Bedürfnisse des Localverkehrs im engeren Sinne befriedigt werden, also nicht größere Strecken eines von einer Stelle verwalteten Eisenbahnnetzes, beispielsweise die Strecke Berlin-Spandau der Ostbahn, in Frage kommen sollen. Gleichwohl dürfte es sich nicht empfehlen, etwa eine bestimmte Länge in Kilometern vorzuschreiben, da eine solche Beschränkung praktisch oft zu Unzuträglichkeiten führt. Ebenförmig kann sich das Reichseisenbahnamt dafür aussprechen, bestimmte Paragraphen der beiden Reglements aufzuheben, deren Aufhebung für einzelne Züge statthaft wäre. Es wälten hiergegen dieselben Bedenken ob, welche gegen die Aufnahme formulirter Bestimmungen in die Reglements vorangedeutet sind. Wird hiernach auch eine weitgehende Ermächtigung erteilt, so darf doch vertraut werden, daß davon immer nur nach sorgfältigster Prüfung des einzelnen Falles zur Genugung eines wirklichen Verkehrsbedürfnisses Gebrauch gemacht und dabei vor Allem darauf geachtet wird, daß die Sicherheit des Betriebes in keiner Weise leidet. In dieser Beziehung darf übrigens hervorgehoben werden, daß im Allgemeinen aus der Gewährung von Erleichterungen für Züge der Hauptbahnen eine Gefährdung der Betriebs-Sicherheit um so weniger zu befürchten sein wird, als die auf den Hauptbahnen für den Vollbetrieb bestehenden Einrichtungen ohnehin eine erhöhte Vorsicht für die Sicherheit des Betriebes gewähren. Das Reichseisenbahnamt hat demnach eine Beschlußfassung des Bundesraths dahin beantragt: das Reichseisenbahnamt ist ermächtigt, für einzelne Züge einer Hauptbahn, welche sich ausschließlich auf Strecken des eigenen Bahngebietes bewegen, auf Antrag der zuständigen Landesregierung erleichternde Abweichungen von einzelnen Bestimmungen des Bahnpolizei-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands vom 4. Januar 1875 und 12. Juni 1878 und des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands vom 11. Mai 1874 zuzulassen.“

Berlin, 17. März. [Aus der Militär-Commission.] — Virchow's Candidatur für den Reichstag.] Die Militär-Commission hatte die zweite Lesung der Militärnovelle auf ihrer heutigen Tagesordnung. Die Beschlüsse der ersten Lesung lagen in der Fassung vor, welche ihnen der Referent Abg. v. Malsbahn-Gült gegeben. Zu § 1 wies der Abg. Müller (Gotha) darauf hin, die Militärverwaltung habe im Jahre 1874 anerkannt, daß zwischen der etatsmäßigen Friedenspräsenzstärke und der durchschnittlichen Dienstzeit in der Linie ein notwendiger Zusammenhang in der Weise bestünde, daß die Friedenspräsenzstärke von 401,659 Mann zur Folge habe, die dreijährige Dienstzeit thatsächlich durch Beurlaubungen zur Disposition der Truppenkörper auf 2 Jahre 5 Monate und 13 Tage herabzusetzen. Die Aeußerungen der Vertreter der Militärverwaltung haben zu der Befürchtung geführt, daß in Zukunft dieses Verhältniß geändert werde und eine längere durchschnittliche Dienstzeit herauskomme. Dies würde aber sehr zu beklagen sein, nicht allein im wirtschaftlichen Interesse der Nation, sondern auch insbesondere im Interesse der Bestrebungen, welche auf specieller Vorbereitung der Jugend für den Militärdienst gerichtet seien. Diese würden belebt von der Aussicht darauf, daß eine solche Vorbildung zu einer früheren Beurlaubung führe. Er hoffe deshalb, daß die Militär-Verwaltung eine beruhigende Erklärung gebe. Der Regierungs-Commissionar sicherte zu, daß der seitherige Umfang der Beurlaubungen auch für die Zukunft aufrecht erhalten werden solle, wiewohl die Regierung auf die Vorbildung der Jugend ein geringeres Gewicht lege. Hierauf wurde die Fassung der ersten Lesung mit folgenden wesentlichen materiellen Modificationen genehmigt. Der in der gestrigen Commissionsitzung von den conservativen Mitgliedern gestellte und angenommene § 3a erlitt heute eine totale Niederlage, weil die Mehrheit der Commission und wahrscheinlich auch die Militärverwaltung durch die Annahme desselben das ganze Gesetz gefährdet glaubte. Bekanntlich bestimmte dieser Zusatzantrag, daß im Falle eines außerordentlichen Bedürfnisses der gesammte Bestand der beiden jüngsten Jahrgangsklassen der Ersatzreserve I. Klasse ein-

schließlich derjenigen Mannschaften, welche nach § 3 für gewöhnliche Friedensverhältnisse nicht übungspflichtig sind, zu einer Uebung von höchstens achtwöchentlicher Dauer auf Grund besonderer kaiserlicher Verordnung einberufen werden kann. Nachdem außer den früheren Bekämpfern Abg. v. Schorlemer-Mst und Richter (Hagen) auch Abg. v. Bennigsen anerkannt hatte, daß die Nachtheile, welche diese Bestimmung für die Ersatzreserve mit sich bringe, in keinem Verhältniß zu den Vortheilen stünde, welche diese Bestimmung für die Kriegsstärke haben solle, wurde der § 3a wieder gestrichen. Die Regierungs-Commissionäre enthielten sich der Vertheidigung des conservativen Antrages, was wohl darauf schließen läßt, daß diese ihre Haltung eine vorher vereinbarte war, die sich aus den Unzuträglichkeiten, welche eine Plenar-Verhandlung dieses Gegenstandes hervorrufen mußte, erklären ließ. Zu Paragraph 3 hatten die Mitglieder des Centrums den in erster Lesung abgelehnten Antrag, welcher den Zweck hatte, die Geistlichen vom Kriegsdienst in der Ersatzreserve zu befreien, in zwei Gestalten eingebracht. Dieselben wurden vom Abg. Richter (Hagen) bekämpft. Der materielle Antrag der Centrumsmitglieder wurde mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen. Demgemäß würden die Geistlichen, welche die Ordination oder Priesterweihe erhalten haben, befreit sein. Zum § 14 in Art. II machte die Militärverwaltung geltend, daß es bei der reitenden Artillerie nicht möglich sei, alle Einjährig-Freiwilligen, die sich melden, auszubilden. Es wurde demgemäß beschlossen. Mit 13 gegen 8 Stimmen wurde darauf das Gesetz in zweiter Lesung angenommen und der Abg. v. Malsbahn-Gült mit der schriftlichen Berichterstattung beauftragt. — Ein Conflict, der die Fortschrittspartei auf das Aergste zu schädigen drohte, ist gestern Abend glücklich beigelegt worden. Virchow hat sich in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse im zweiten Berliner Wahlbezirk und insbesondere wegen der schwer zu entscheidenden Personenfrage bereit erklärt, ein Mandat für den Reichstag zu übernehmen. Damit ist die Candidatur Eberts, die so viel Staub aufgewirbelt hat, todt und begraben. Es ist schon vor einiger Zeit daran erinnert worden, daß Virchow bei der Begründung des Norddeutschen Bundes in keiner Weise eine principielle Erklärung gegen den Eintritt in dem Reichstag erlassen, daß er vielmehr lediglich betont hat, wie nur Gründe persönlicher und privater Natur ihn abhielten, ein Mandat anzunehmen. Eben dieselben Gründe hat Virchow auch diesmal geltend gemacht, aber er hat sich überzeugen lassen, daß er der Partei ein Opfer bringen müsse und hat deshalb schließlich angenommen. Am Freitag Abend findet eine allgemeine Wählerversammlung statt, welche die Candidatur Virchow's legalisiren soll.

[Marine.] S. M. S. „Medusa“, 9 Geschütze, Commandant Corb. Capt. Matthesen, hat am 10. Februar c. La Guayra verlassen, anter am 12. in Puerto Cabello und ist am 16. desselben Monats nach Curaçao in See gegangen.

### Großbritannien.

A. C. London, 15. März. [Das Schreiben Lord Derby's an Lord Seston.] worin er seinen Uebertritt zur liberalen Partei anzeigt, lautet:

„23. St. James Square, 12. März 1880.

Lieber Seston! Sie sagten mir, und Andere thaten dasselbe, daß viele meiner Freunde in Lancashire von mir eine deutlichere Erklärung meiner politischen Meinung erwarten, als ich bisher abgegeben habe. Unter dem gegenwärtigen Umstände kann ich mich nicht weigern, ihrem Wunsche zu willfahren. Ich bin lange abgeneigt gewesen, mich von der politischen Verbindung zu trennen, in der ich erzogen ward und mit welcher ich, ungeachtet gelegentlicher Differenzen über nichtpolitische Fragen, in der Hauptsache viele Jahre hindurch in Gemeinschaft gehandelt habe; aber die gegenwärtige Lage der Parteien und die offenbare Politik des conservativen Führers in Bezug auf die auswärtigen Beziehungen lassen mir keine Wahl. Ich kann die gegenwärtige Regierung nicht unterstützen, und da ein neutrales Verhalten, so sehr ich ein solches auch aus persönlichen Gefühlen vorziehen möchte, in einer politischen Krisis eine Umgehung der öffentlichen Pflicht ist, so bleibe ich keine andere Wahl, als mich — so sehr es mir auch widerstrebt — unter deren Gegner gereiht zu erklären. Sie können von diesem Briefe irgend welchen Gebrauch machen, der Ihnen beliebt. Empfangen Sie u. f. w.

Derby.“

### Provinzial-Beitrag.

S. Breslau, 17. März. [Landgericht. — Strafkammer I.] Der gegenwärtig bei der Oberschlesischen Eisenbahn als Schaffner angestellte Civilversorgungsberechtigte G. war früher als Polizeibeamter in Neumarkt thätig gewesen. Aus der Zeit seiner dortigen Amtsführung sind zwei Anklagen gegen ihn anhängig gemacht worden, zu deren Veranlassung heute Audienztermin anstand. Die Anklage gründet sich in beiden Fällen auf § 340 des Strafgesetzes, Körperverletzung in Ausübung des Amtes. Zunächst soll G. einen schon mehrfach wegen Bettelns und Landstreichens bestraften Arbeiter, Namens Otto Peter, nachdem er ihn am 27. Juni d. J. in Neumarkt wegen Bettelns verhaftet hatte, innerhalb des Gefängnisses gemißhandelt haben. In dieser Beziehung befanden der Gefängniswärter Warnke und dessen Ehefrau, G. sei etwa eine Stunde nach der Einlieferung Peter's zu diesem in die Gefängniszelle gegangen. Er stieß den Gefangenen wiederholt mit einem großen Notizbuch in den Mund, auch verfechte er ihm einige leichte Hiebe mit dem Säbel über den Rücken. G. gesteht diese Thatfachen zu, sucht sie aber in wesentlich günstigerem Lichte darzustellen. — Im zweiten Falle tritt der Schneidermeister Julius Michaelis aus Neumarkt als Hauptbelastungszeuge auf. Derselbe ging am Spätabend des 9. August 1879 in Gemeinschaft mit dem Schuhmachermeister Hermann nach Hause. In den Straßen Neumarkts herrschte völlige Finsternis. Trotzdem gingen Beide in scharfem Schritt und militärisch haltend ihres Weges. Bei dieser Gelegenheit pfiff M. den Dessauer Marsch. Es soll kein eigentlicher Pfeifen, sondern nur ein gedämpftes Zischen gewesen sein. Wöhlisch erhielt M. drei sehr starke Schläge über den Rücken. Gleichzeitig gebot der jegige Angeklagte den Beiden Ruhe. Die Schläge schienen mit dem Säbel verfecht worden zu sein. Nach Behauptung des M. und des H. sei die nächtliche Ruhe durch ihr scharfes Gehen nicht gestört worden. Dieser Ansicht tritt der Nachwächter Sad bei. Letzterer stand zu jener Zeit mit dem Angeklagten auf dem Bürgersteige der Junkernstraße. Als M. und H. näher kamen, traten G. und S. zur Seite. S. hat nun gesehen, daß G. dem M. einen Schlag verfechte, ohne bei der Finsternis bemerken zu können, womit G. zuschlug. Der Angeklagte behauptet, nur scherzweise den M. mit seinem Notizbuch an der Schulter berührt zu haben. — Herr Staatsanwalt Warmbrunn hält durch die Beweisaufnahme die Schuld des Angeklagten in beiden Fällen erwiesen, er beantragt mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit der Mißhandlungen mildernde Umstände anzunehmen und auf 3 Wochen Gefängnis zu erkennen. Der vom Angeklagten erwähnte Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Feige, plaidirt für mildernde Bestrafung, eine Geldstrafe erscheine zur Sühne genügend. Der Gerichtshof spricht die Verurtheilung zu 50 M. Geldbuße, event. 10 Tagen Gefängnis aus.

Der Inwohner Pakty aus Leipzig, wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, wurde für schuldig befunden und mit dem niedrigsten gesetzlichen Strafmaße, 2 Monate Gefängnis, belegt.

—ch= Dypeln, 17. März. [Bürgermeisterwahl] Bei der heute stattgehabten Wahl wurde der seitherige Verwalter der erledigten Bürgermeisterei, Regierungsrath Trentin, von den 21 erschienenen Wählern einstimmig gewählt.

—w= Creuzburg, 17. März. [Reichstagswahl.] Durch die heutige amtliche Ermittlung und Feststellung des Reichstagswahlergebnisses vom 13. d. Mts. wurde folgendes Resultat festgestellt: Erbprinz Victor von Hohenzollern-Sigmaringen, Candidat der vereinigten Conservativen und Liberalen, gewählt mit 6754, Kammerherr von A. Loth-Costan, Candidat der Clericalen und einzelner Christlich-Conservativen, gewählt mit 6751 Stimmen, 2 zersplittert. Somit hat Prinz Hohenzollern gerade nur die absolute Majorität erhalten und wurde demnach von der hiesigen selbst tagenden Wahlprüfungscommission als gewählt proclamirt.

A. Leobschütz, 16. März. [Freitag. — Gewerbeverein.] Am 1. April versammeln sich die Kreisraths-Abgeordneten zu einer Sitzung, in



Breslau, 18. März. [Wasserstand.] D. B. 5 M. 8 Cm. U. B. — M. 82 C.



Fonds- und Geld-Course.		Wechsel-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	99,50 bz	Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3 169,25 bz
Consolidirte Anleihe	105,90 bz	do. do.	2 M. 3 168,50 bz
do. do. 1876	99,50 bz	London 1 Lstr.	3 M. 3 29,35 bz
Staats-Anleihe	99,50 bz	Paris 100 Frs.	8 T. 5 81,15 B
Staats-Schuldversch.	144,10 B	Petersburg 100 R.	3 M. 6 212,70 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	103,75 bz	Warschau 100 R.	8 T. 6 214,80 bz
Berliner Stadt-Oblig.	103,70 G	Wien 100 Fl.	8 T. 4 171,85 bz
Berliner	99,10 G	do. do.	2 M. 4 171,15 bz
Pommersche	99,10 G	Kurs 40 Thaler-Lose 281,75 G	
do. do.	99,10 G	Badische 35 Fl.-Lose 172,40 bz	
do. Ind.-Anl.	102,25 bz	Braunsch. Präm.-Anleihe 97,40 bz	
Pommersche neue	99,10 G	Oldenburger Lose 165,70 bz	
Schlesische	99,10 G	Ducaten —	
Landschaftl.-Central	99,90 bz	Sover. 20,39 bz	
Kur- u. Neumark.	99,90 bz	Napoleon 16,25 bz	
Pommersche	99,90 bz	Imperial —	
Pommersche	99,90 bz	Doll. 4,22 G	
Preussische	99,90 bz	Oest. Eka. 171,90 bz	
Westfäl. u. Rheinl.	99,90 bz	do. Silbergr. 172 G	
Sächsische	99,90 bz	Russ. Bkn. 215,10 bz	
Schlesische	99,90 bz		
Badische Präm.-Anl.	135,30 B		
Badische	99,60 G		
Öst.-Anl. v. 1875	133,60 B		
Öst.-Rend. Präm.-Anl.	133,60 B		
Sächs. Rend. v. 1875	77,00 B		

  

Hypotheken-Certificates.	
Kruppsche Partial-Obl.	110,00 G
Unk.-Pfd. d. Pr.-Hyp.-B.	105,10 bz
do. do.	104,50 bz
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfd.	104,50 bz
do. do.	103,00 G
Kündb. Cent.-Bod.-C.	101,75 G
Wakundb. do. (1872)	105,10 B
do. rückz. a. 110	113,00 B
do. do. do.	106,30 B
Unk.-Hd.-Pr.-Crd.-B.	107,00 B
do. do. do.	107,00 B
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	100,39 bz
Hyp.-Anst. Nord.-G.-C.-B.	99,20 bz
do. do. Pfandbr.	105,75 G
Pomm. Hyp.-Briefe	105,75 G
do. do. do.	105,75 G
Goth. Präm.-Pfd. II. Em.	120,50 bz
do. do. II. Em.	117,90 B
do. 50% Präm.-Pfd. II. Em.	106,00 B
do. 40% do. do. II. Em.	124,50 bz
Meininger Präm.-Pfd.	105,75 G
Pfand.-Oest.-Crd.-G.	104,50 G
Schles. Bod.-Crd.-Pfd.	103,70 G
do. do. do.	103,70 G
do. do. do.	103,70 G

  

Ausländische Fonds.	
Oest. Silber-B. (1/2, 1/4, 1/8)	62,00 bz
do. (1/2, 1/4, 1/8)	62,00 bz
do. Goldrente	74,70 bz
do. Papirrente	61,50 G
do. 54er Präm.-Anl.	113,00 B
do. Lott.-Anl. v. 60	124,40 bz
do. Credit-Lose	542,00 etzb
do. 64er Lose	309,75 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	150,60 bz
do. do.	149,75 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	60,20 bz
do. II. do. v. 1878	60,20 bz
do. III. do. v. 1879	60,20 bz
do. Anleihe 1877	85,75 G
do. Bod.-Crd.-Pfd.	78,00 bz
do. Cent.-Bod.-Crd.-Pfd.	75,00 bz
Russ.-Pola.-Schuld.-Obl.	51,25 bz
Pola. Pfandbr. III. Em.	65,90 bz
Pola. Liquid.-Pfandbr.	65,90 bz
Amerik. rückz. p. 1881	101,40 bz
do. 50% Anleihe	101,00 bz
Ital. 50% Anleihe	82,20 bz
Russ.-Grazel 100 Thlr. L.	92,35 bz
Russ.-Anleihe	92,35 bz
Türkische Anleihe	10,80 bz
Ungar. Goldrente	88,00 bz
do. Loose (M. p. St.)	214,50 B
Ung. 50% St.-Eisen.-Anl.	85,25 bz
Schwedische 10 Thlr. Loose	51,25 B
Finnische 10 Thlr. Loose	51,25 B
Türk.-Lose 30,90 etzb	

  

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.	
Berg-Märk. Serie II. 4 1/2	103,90 G
do. III. v. St. 3 1/2	91,20 B
do. do. VI. 4 1/2	103,30 bz
do. Hess. Nordbahn	102,80 G
Berlin-Görlitz	102,60 G
do. do. 4 1/2	101,60 G
do. Lit. C. 4 1/2	101,10 G
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	125,25 G
do. do. G. 4 1/2	102,60 G
do. do. H. 4 1/2	102,60 G
do. do. J. 4 1/2	102,60 G
do. do. K. 4 1/2	102,60 G
do. von 1876	102,60 G
Breslau-Warschauer	102,60 G
Öst.-Minden III. Lit. B.	91,10 G
do. do. Lit. B.	101,25 G
do. do. IV. 4 1/2	99,90 G
do. do. V. 4 1/2	99,90 G
Halle-Sorau-Guben	104,00 bz
Hannover-Altenbeken	104,00 bz
Märkisch-Posen	99,90 G
Niederschles.-Märk. I.	99,90 G
do. do. II.	99,90 G
do. Obl. I. u. II.	98,80 bz
Oberschles. A.	91,50 bz
do. B.	91,50 bz
do. C.	91,50 bz
do. D.	91,50 bz
do. E.	91,50 bz
do. F.	103,60 B
do. G.	103,60 B
do. H.	103,60 B
do. von 1879	103,60 B
do. von 1873	98,90 G
do. von 1874	103,60 G
do. Brieg-Neisse	103,60 B
do. Cosei-Oderb.	103,60 B
do. Stargard-Posen	103,60 B
do. do. II. Em.	103,60 B
do. do. III. Em.	103,60 B
do. Nördschl.-Zwgb.	103,60 B
Ostpreuss. Südbahn	103,60 B
Rechte-Oder-Ufer-B.	103,60 B
Schlesw. Eisenbahn	103,60 B

  

In Liquidation.	
Berliner Bank	—
Centralb.-L. Genoss.	—
Sächs. Cred.-Bank	—
Schl. Vereinsbank	—
Thüringer Lit. A.	—
Wiener Unionb.	—

  

Industrie-Papiere.	
D. Eisenbahn-G.	0 — 6,06 bz
do. Reichs-u.-C.	0 — 34,60 bz
Märk.-Sch.-Masch.	0 — 46,75 G
Nordd. Gummiabf.	0 — 201,25 G
Pr.-Hyp.-Vers.-A.	2 — 89,00 G
Schles. Feuervers.	21 — 1060 G
Donnersmühlhütt.	1 1/2 — 62 19 bz
Dortm. Union	0 — 13,50 bz
do. abgest.	0 — 92,25 G
St.-P.-Lit. A.	0 — 127,75 bz
Königs- u. Laurah.	0 — 44,75 bz
Lauchhammer	0 — 72,25 bz
Marienthütte	2 1/2 — 198,00 bz
Cons. Redenhütte	4 — 108,00 G
do. Oblig.	0 — 107,75 G
Schl. Kohlenwerk	0 — 100,00 G
Schl. Zinkh.-Actien	5 1/2 — 64,00 B
St.-Fr.-Actien	2 1/2 — 65,00 G
Oppeln-Fortl. Cem.	0 — 92,60 G
Großschützerh.	0 — 22,75 G
Tarnowitz. Bergb.	0 — 76,80 bz
Vorwärtschütte	0 — 77,75 G
Bresl. E.-Wagfab.	5 1/2 — 114 B
do. ver. Oelfabr.	0 — 41,60 bz
do. Strassenbau	0 — 89,75 B
Erdm. Spinnerei	0 — 61,00 bz
Görlitz. Eisen-B.	0 — 67,75 G
Hofm. a. W. Fabr.	0 — 41 G
O.-Schl. Eisen-B.	0 — 45,50 B
Schl. Leinwand.	0 — 41 G
do. Porzellan	0 — 41 G
Wilhelmsh. MA.	0 — 41 G

  

Bank-Discont.	
Bank-Discont. 4 pCt.	—
Lombard-Zinsfuß 5 pCt.	—

wurde derselbe von 10 Theilnehmern 2 gebürtigen der Provinz Schlesien, 1 der Provinz Sachsen, 1 der Provinz Preußen und 6 dem Königreich Sachsen an. Zu dem diesjährigen Curfus hatten sich 14 Personen (8 Gutsbesitzer und 6 Pächter, 5 Wirtschaftsbetriebe und 1 Studirender) gemeldet. An dem ersten, vom 1. October bis 15. November v. J. dauernden Curfus für Meierinnen nahmen 5 Schülerinnen Theil (3 aus unserer Provinz, 2 aus der Provinz Posen). Die Schule für männlichen Meierpersonal wurde nur von einem Schüler (Schlesier) frequentirt. Außerdem hat das Institut an der Verbreitung von Kenntnissen und Erfahrungen auf landwirthschaftlichem Gebiete auf verschiedene Weise (durch die Fachpresse, durch Auskunfts-ertheilung) regen Antheil genommen.

• Breslau, 18. März, 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen wenig verändert, bei mäßigem Angebot Preise gut preisbalancirt.

Weizen, seine Qualitäten gut behauptet, per 100 Kilogr. schlesischer weicher 19,80 bis 21,40—22,20 Mark, gelber 19,80—21,00 bis 21,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur zu notirten Preisen gut verkauflich, pr. 100 Kilogr. 16,80 bis 17,30 bis 17,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, seine Qualitäten preisbalancirt, pr. 100 Kilogr. 15,70 bis 16,80 Mark, weisse 17,00 bis 17,40 Mark.

Safer gut verkauflich, pr. 100 Kilogr. 14,70 bis 15,40 bis 15,80 Mark. Mais in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 15,00—15,50—16,00 Mark.

Erbsen preisbalancirt, pr. 100 Kilogr. 18,50 bis 19,60 bis 20,20 Mark, Victoria 21,00—22,00—23,50 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 21,50—23,00—23,75 Mark.

Lupinen, nur seine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,20 bis 8,00—8,40 Mark, blaue 7,10—8,00—8,30 Mark.

Weizen unverändert, pr. 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark. Delfaaten schwach angeboten.

Schlaglein behauptet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlagleinfaat 26 50 25 50 22 —

Winteraps 23 — 23 50 21 75

Winteraps 23 50 21 50 21 —

Semmerlappen 23 — 22 — 21 50

Leinbotten 22 — 21 50 20 75

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark, — fremde 6,10—6,30 Mark.

Leinbotten in ruhiger Stimmung, pr. 50 Kilogr. 9,50—9,70 Mark.

Kleeamen mehr Kauflust, rother gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 32—39 bis 44—48 Mark, weisse Qualitäten gefragt, 44—53—62—74 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannentee feiner, pr. 50 Kilogr. 42—50—60 Mark.

Thymothie unverändert, pr. 50 Kilogr. 18—22—25 Mark.

Wehl ohne Verabreichung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Mark, Roggen fein 26,50—27,50 Mark, Haubaden 25,50—26,50 Mark, Roggen-Tiermehl 10,90—11,80 Mark, Weizenkleie 10,20—10,70 Mark.

Heu 2,50—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

ff [Getreide- u. Transporte.] In der Zeit vom 7. bis 13. März e. gingen in Breslau ein:

Weizen: 34,905 Mgr. über die Mittelwalder Bahn, 10,200 Kilogr. über die Posener Bahn, 115,600 Mgr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn von Anstaltsbahnen via Dels und 10,200 Mgr. von sonstigen Anstaltsbahnen, im Ganzen 170,905 Mgr.

Roggen: 20,200 Mgr. über die Posener Bahn, 20,200 Mgr. über die Freiburger Bahn, 65,834 Mgr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 504,350 Mgr. über dieselbe von Anstaltsbahnen via Dels, im Ganzen 610,584 Mgr.

Gerste: 131,349 Mgr. über die Mittelwalder Bahn, 17,024 Mgr. über die Posener Bahn, 22,910 Mgr. über die Freiburger Bahn, 40,400 Mgr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn im Binnenverkehr, 80,300 Mgr. über dieselbe von Anstaltsbahnen via Dels und 61,200 Mgr. von sonstigen Anstaltsbahnen, im Ganzen 298,103 Mgr.

Safer: 10,000 Mgr. von der Oberschlesischen Bahn, 17,490 Mgr. über die Mittelwalder Bahn, 9900 Mgr. von der Warschau-Wiener Bahn, 30,470 Mgr. über die Freiburger Bahn, im Ganzen 67,860 Mgr.

Weizen: 14,500 Mgr. nach der Oberschlesischen Bahn, 45,130 Mgr. auf der Freiburger Bahn, 10,000 Mgr. von der Rechte-Oder-Ufer-Bahn nach der Warschau-Wiener Bahn, im Ganzen 69,630 Mgr.

Roggen: 69,028 Mgr. nach der Oberschlesischen Bahn, 30,100 Mgr. nach der Mittelwalder Bahn, 10,000 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 182,990 Mgr. auf der Freiburger Bahn, 30,100 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Warschau-Wiener Bahn, im Ganzen 403,018 Mgr.

Gerste: 20,000 Kilogr. von der Oberschlesischen Bahn nach der Warschau-Wiener Bahn.

Safer: 10,200 Mgr. auf der Freiburger Bahn.

Weizen: 15,000 Mgr. nach der Oberschlesischen Bahn, 30,015 Mgr. nach der Mittelwalder Bahn, 34,570 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 70,180 Mgr. nach der Posener Bahn, im Ganzen 149,765 Mgr.

Delfaaten: 60,450 Mgr. von der Oberschlesischen nach der Warschau-Wiener Bahn, 20,400 Mgr. nach der Posener Bahn, im Ganzen 80,850 Mgr.

Hälsenfrüchte: 15,000 Kilogr. nach der Oberschlesischen Bahn, 10,150 Kilogr. von der Oberschlesischen nach der Warschau-Wiener Bahn, im Ganzen 25,150 Kilogr.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Rom, 17. März. Kammer. Fortsetzung des äußeren Budgets. Nicotera spricht seine Ansicht über die im Laufe der Debatte aufgeworfenen Fragen aus, prüft die der Verwaltung des Ministerien der Finanzen und befragt die Spaltungen der Finanzen. Er ist von der Politik der Regierung nicht gänzlich befriedigt, wird aber für das Cabinet stimmen. Marselli, Dellarocca, Umana und Trinia sind von der Antwort Cairoli's befriedigt. Benosia ist nicht befriedigt von der Auseinandersetzung und den angeführten Gründen. Vasco beantragt eine dem Cabinet günstige Tagesordnung. Bonghi bezeichnet die Politik der Regierung als eine ohnmächtige. Minghetti entwickelt ein Misstrauensvotum gegen das Cabinet, er erklärt, daß er als Minister seinen Kollegen die Frage vorlegte, ob die Annerion Bosniens und der Herzegovina durch Oesterreich Italiens Interessen gefährden könnte und daß er eine negative Antwort erhielt. Er spricht sich gegen die Duldung der Sredenta und der republikanischen Vereine aus und sieht im Berliner Vertrag keine neuen Complicationen. Er bezweifelt, daß die Regierung vorbereitet ist. Cairoli beantragt eine Tagesordnung, welche die Zuversicht ausdrückt, daß das Cabinet in seinen Beziehungen mit Oesterreich das internationale Recht wahren und die Interessen des Friedens mit den Pflichten einer freien, nationalen Regierung versöhnen wird. Cairoli behält sich und Depretis vor, auf die Ausführungen Cavalotti zu antworten, er glaubt jedoch sofort die Besorgnisse über die von Cavalotti Oesterreich zugeschriebenen kriegerischen Absichten verschweigen zu müssen. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich sind in Wahrheit unbestreitbar. Das Cabinet treibt nicht eine Politik der Furcht, sondern der Loyalität und Achtung der Verträge. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Athen, 17. März. Kammer. Delhannis mißbilligt das Programm Tricoups und rüth zur Sparsamkeit beim inneren Budget, nicht aber beim Kriegs- und Marinebudget. Er spricht die Hoffnung einer demnächstigen Lösung der griechischen Frage aus.

Paris, 17. März. Drloff, dessen Abreise auf heute festgesetzt war, suchte telegraphisch in Petersburg einige Tage Aufschub nach und reist voraussichtlich Freitag oder Sonnabend ab; die Familie Drloffs verbleibt hier. Seit Montag fungirt Graf Kapnist als Chargé d'affaires.

Christiania, 17. März. Das Störting hat heute mit 93 gegen 20 Stimmen die Abänderung des Grundgesetzes, betreffend die Theilnahme der Minister an den Verhandlungen des Störting, beschlossen.

[Militär-Wochenblatt.] Lüttgen, Oberstl. z. D. und Bez.-Command. des 1. Bat. (Ostpreuss.) 3. Ostpreuss. Landw.-Regts. Nr. 4, in gleicher Eigenschaft zum 2. Bat. (Thorn) 4. Ostpreuss. Landw.-Regts. Nr. 5 verlegt. Balow, Sec.-Lt. vom 3. Posen. Inf.-Regt. Nr. 53, zum Prem.-Lt. v. Hennrich, Gemmel, Port.-Fähnrl. vom 1. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 46, Freiherr von Rothkirch u. Panthen, Gustorf, Port.-Fähnrl. vom Westpreuss. Kürass.-Regt. Nr. 5, zum Sec.-Lt. befördert. Woltersdorf, Sec.-Lt. a. la suite des 1. Schles. Drag.-Regts. Nr. 4, in das Regt. wiedererangirt. Eybow, Unteroffiz. vom 4. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 51, zum Port.-Fähnrl. befördert. Hirschberger, Prem.-Lt. vom 2. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, von seinem Commando als Adjutant bei der 24. Inf.-Brigade entbunden. Rigmann, Prem.-Lt. vom Anhalt. Inf.-Regt. Nr. 93, unter Stellung a. la suite des 3. Oberschles. Inf.-Regts. Nr. 62, als Adjut. zur 24. Inf.-Brigade commandirt. Schenk, Major und etatsmäß. Stabsoffiz. vom 1. Garde-Infanterie-Regt., mit der Führung des Rhein. Kür.-Regt. Nr. 8, unter Stellung a. la suite desselben beauftragt. Frhr. v. Dindlage, Major und Escadr.-Chef vom 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, als etatsmäß. Stabsoffiz. in das 1. Garde-Infanterie-Regt. verlegt. Schmidt, Port.-Fähnrl. vom 2ten Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, zum Sec.-Lt. befördert. Cour, Sec.-Lt. vom 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22, commandirt als Erzieher bei dem Kadettenhaus a. la suite des 3. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 62, als Adjut. zur 24. Inf.-Brigade commandirt. Schenk, Major und etatsmäß. Stabsoffiz. vom 1. Garde-Infanterie-Regt., mit der Führung des Rhein. Kür.-Regt. Nr. 8, unter Stellung a. la suite desselben beauftragt. Frhr. v. Dindlage, Major und Escadr.-Chef vom 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, als etatsmäß. Stabsoffiz. in das 1. Garde-Infanterie-Regt. verlegt. Schmidt, Port.-Fähnrl. vom 2ten Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, zum Sec.-Lt. befördert. Cour, Sec.-Lt. vom 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22, commandirt als Erzieher bei dem Kadettenhaus a. la suite des 3. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 62, als Adjut. zur 24. Inf.-Brigade commandirt. Schenk, Major und etatsmäß. Stabsoffiz. vom 1. Garde-Infanterie-Regt., mit der Führung des Rhein. Kür.-Regt. Nr. 8, unter Stellung a. la suite desselben beauftragt. Frhr. v. Dindlage, Major und Escadr.-Chef vom 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, als etatsmäß. Stabsoffiz. in das 1. Garde-Infanterie-Regt. verlegt. Schmidt, Port.-Fähnrl. vom 2ten Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, zum Sec.-Lt. befördert. Cour, Sec.-Lt. vom 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22, commandirt als Erzieher bei dem Kadettenhaus a. la suite des 3. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 62, als Adjut. zur 24. Inf.-Brigade commandirt. Schenk, Major und etatsmäß. Stabsoffiz. vom 1. Garde-Infanterie-Regt., mit der Führung des Rhein. Kür.-Regt. Nr. 8, unter Stellung a. la suite desselben beauftragt. Frhr. v. Dindlage, Major und Escadr.-Chef vom 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, als etatsmäß. Stabsoffiz. in das 1. Garde-Infanterie-Regt. verlegt. Schmidt, Port.-Fähnrl. vom 2ten Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, zum Sec.-Lt. befördert. Cour, Sec.-Lt. vom 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22, commandirt als Erzieher bei dem Kadettenhaus a. la suite des 3. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 62, als Adjut. zur 24. Inf.-Brigade commandirt. Schenk, Major und etatsmäß. Stabsoffiz. vom 1. Garde-Infanterie-Regt., mit der Führung des Rhein. Kür.-Regt. Nr. 8, unter Stellung a. la suite desselben beauftragt. Frhr. v. Dindlage, Major und Escadr.-Chef vom 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, als etatsmäß. Stabsoffiz. in das 1. Garde-Infanterie-Regt. verlegt. Schmidt, Port.-Fähnrl. vom 2ten Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, zum Sec.-Lt. befördert. Cour, Sec.-Lt. vom 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22, commandirt als Erzieher bei dem Kadettenhaus a. la suite des 3. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 62, als Adjut. zur 24. Inf.-Brigade commandirt. Schenk, Major und etatsmäß. Stabsoffiz. vom 1. Garde-Infanterie-Regt., mit der Führung des Rhein. Kür.-Regt. Nr. 8, unter Stellung a. la suite desselben beauftragt. Frhr. v. Dindlage, Major und Escadr.-Chef vom 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, als etatsmäß. Stabsoffiz. in das 1. Garde-Infanterie-Regt. verlegt. Schmidt, Port.-Fähnrl. vom 2ten Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, zum Sec.-Lt. befördert. Cour, Sec.-Lt. vom 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22, commandirt als Erzieher bei dem Kadettenhaus a. la suite des 3. Niederschles. Inf.-Regts. Nr. 62, als Adjut. zur 24. Inf.-Brigade commandirt. Schenk, Major und etatsmäß. Stabsoffiz. vom 1. Garde-Infanterie-Regt., mit der Führung des Rhein. Kür.-Regt. Nr. 8, unter Stellung a. la suite desselben beauftragt. Frhr. v. Dindlage, Major und Escadr.-Chef vom 1. Hannov. Drag.-Regt. Nr. 9, als etatsmäß. Stabsoffiz. in das 1. Garde-Infanterie-Regt. verlegt. Schmidt, Port.-Fähnrl. vom 2ten Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47, zum Sec.-Lt. befördert. Cour, Sec.-Lt. vom 1. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 22, commandirt als Erzieher bei